

# Freisinn FDP

AZB  
3001 Bern

FRANZ GEORG MATER  
DIR. Schw. Landesbibl.  
Haltwylstrasse 15  
3003 Bern

002

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

## WAHL-KICK-OFF Steuerstopp-Initiative lanciert

# Jetzt kommt die FDP

Die FDP hat am 28. August 1999 ihre zweite Volksinitiative gestartet: die Steuerstopp-Initiative. Gleichzeitig wurde Nationalrätin Christiane Langenberger zur Vizepräsidentin der FDP Schweiz und damit zur Nachfolgerin von Nationalrat Peter Tschopp gewählt. Unter dem Motto «Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung.» wurde an der DV die Petition «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» lanciert.

GUS. Die heisse Phase des Wahlkampfes 1999 hat an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Freiburg (Wahl-Kick-off) begonnen. Als Höhepunkt darf die Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative Steuerstopp gelten, ist es doch erst die zweite Volksinitiative in der Geschichte der Freisinnigen. Die Initiative

sieht einen Steuerstopp auf Bundesebene während sieben Jahren ab Inkrafttreten vor. Erhöhungen oder neue Steuern wären dann nur noch bei betragsmässiger ebenbürtiger Kompensation möglich. Mit einem griffigen Sanktionsmechanismus wird dafür gesorgt, dass die Bestimmung auf keinen Fall toter Buchstabe bleibt. Alle Freisinnigen sind nun aufgerufen, möglichst rasch die Unterlagen zu studieren, Unterschriften zu sammeln und die Bogen innerhalb eines Monats – das heisst möglichst bis zum 30. September – zurückzuschicken. Die Details zur Initiative finden Sie ab Seite 5 im «Steuerstopp Spezial».

**Die Steuerstopp-Initiative unterschreiben und sofort zurücksenden, auch wenn noch Linien frei sind, heisst die Devise. Eine Unterschriftenkarte liegt dem «Freisinn» bei.**

Rund 700 Freisinnige zeigten die FDP in ihrer ganzen Vielfalt. Nationalrätin Christiane Langenberger, bereits Geschäftsleitungsmitglied, wurde zur Vizepräsidentin gewählt. Der Parteipräsident dankte dem zurücktretenden Peter Tschopp für seine Vertretung der Westschweizer Sensibilität in den Parteiorganen.

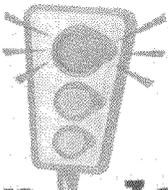
Bundesrat Pascal Couchepin ehrte die erstmals erkorenen Top-KMU der FDP, jedes Unternehmen erhielt einen KMU-Oscar aus der Hand des Bundesrates persönlich. Bundesrat Kaspar Villiger motivierte die Freisinnigen aus der ganzen Schweiz mit einer engagierten Rede im Festzelt im Collège St-Michel. Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger positionierte die FDP als bürgerliche Kraft der Erneuerung. Die FDP müsse dafür sorgen, dass eine bürgerliche Erneuerung stattfinde, welche der Schweiz mehr Sicherheit in allen Bereichen bringe.

Schliesslich lancierte die Delegiertenversammlung die Petition «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule». Für sie werden parallel zum Steuerstopp Unterschriften gesammelt. Den Text und die notwendigen Informationen finden Sie in diesem «Freisinn» ab Seite 10 im Spezial Bildung.

FDP SCHWEIZ	
<b>Inhalt</b>	
■ Steuerstopp-Initiative: Was Sie wissen müssen ab Seite	5
Eine Unterschriftenkarte liegt bei	
■ Das Spezial zur Bildungspetition ab Seite	10
■ Der Brief des Parteipräsidenten ab Seite	13
■ Das Interview mit FDP-Frau Julia Onken auf Seite	16
<b>FDP</b> <small>Freisinnig-Demokratische Partei</small>	

## Die FDP bekennt Farbe noch vor den Wahlen

Die FDP Schweiz organisiert am 9. Oktober 1999, also noch vor den eidgenössischen Wahlen, eine ausserordentliche Delegiertenversammlung in Weinfelden im Thurgau. Haupttraktandum werden die bilateralen Verträge sein. Die FDP bekennt Farbe nicht erst nach den Wahlen!



**Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!**

STEUERPOLITIK ◊ Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

# Adam und Eva und die direkte Bundessteuer

**Nehmen wir an, Adam und Eva (beide berufstätig) kommen auf die Idee zu heiraten. Obwohl diese Umwandlung ihres Zivilstandes von «ledig» in «verheiratet» gesellschafts- und staatspolitisch sehr erwünscht ist, würde sie einkommenssteuerrechtlich keineswegs honoriert – zumindest, was die direkte Bundessteuer angeht.**

VON FDP-NATIONALRÄTIN DORLE VALLENDER, TROGEN (AR)



Dorle Vallender

Die Einkommen von Adam und Eva würden ab dem Zeitpunkt der Heirat addiert (Faktorenaddition) und mit einem durch die Progression bedingten höheren Steuersatz besteuert. Dies, obwohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Adam und Eva durch den Akt der Eheschliessung nicht oder nur marginal zugenommen hat: nach wie vor leben zwei Partner von dem Einkommen. Warum, so wird sich der unbefangene Staatsbürger oder die Staatsbürgerin fragen, löst gerade die Wahl des Zivilstandes «verheiratet» anstelle von «ledig», «geschieden» oder «Konkubinat» diese «Sanktion» aus? Hätten sich Adam und Eva nämlich für den Zivilstand «Konkubinat» entschieden, kämen sie unvergleichlich besser weg.

Die von Bundesrat Villiger eingesetzte Experten-Gruppe Locher hat nachgewiesen, dass die Heirats-Nachteile bei einem Bruttoeinkommen von Fr. 70 000.– beginnen und eine Mehrbelastung von bis zu 100 Prozent ausmachen können – dies trotz Doppel-tarif und Zweiverdienerabzug. Diese Zahl gilt bei ei-

ner Einkommensverteilung von 50/50 auf beide Ehepartner, falls sie zwei Kinder haben. Bei einer Einkommensverteilung von 70/30 «mildern» sich die Nachteile auf eine Mehrbelastung der Zweiverdiener-ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren auf «nur» 60 Prozent. Diese steuerliche Benachteiligung von Zweiverdiener-ehepaaren ist stossend, da Einverdiener-ehepaare heute je länger, je weniger den aktuellen Lebensmustern entsprechen:

■ Auch Ehefrauen möchten heute ihren erlernten Beruf (wenigstens teilweise) trotz Ehe ausüben können. Dieser Trend dürfte sich angesichts der zunehmenden Scheidungsrate und dem revidierten Scheidungsrecht noch verstärken: gerade unter diesem Blickwinkel sind Frauen sogar gut beraten, wenn sie ihre

Berufstätigkeit zu keiner Zeit ganz aufgeben.

■ Weiter sind heute vielfach beide Partner aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, einer Arbeit nachzugehen, um ein genügendes Haushaltseinkommen zu erzielen. Dabei ist die Verpflichtung zum Miterwerb in den vergangenen 10 Jahren stark angestiegen, kann doch damit auch das Risiko des Stellenverlustes eines der Partner besser aufgefangen werden.

## Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Aus dieser Sicht wären Adam und Eva gut beraten, wenn sie wenigstens für die kantonale Einkommenssteuer Wohnsitz im Kanton St. Gallen nehmen würden. Dieser Kanton trägt nämlich in Zukunft (wie inzwischen auch Innerrhoden und Aargau) den geänderten Lebensmustern Rechnung. Das Ehegattensplitting nach St. Galler Muster knüpft an die wirtschaftliche Realität der intakten Durchschnittsehe an, wo der finanziell stärkere Ehegatte einen Teil des Einkommens auf den wirtschaftlich schwächeren Teil transferiert. Diese Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geht davon aus, dass zusammenlebende Eheleute eine Gemeinschaft beim Erwerb und auch bei Verbrauch des Einkommens bilden, in der ein Ehegatte an den Einkünften und Lasten des anderen wirtschaftlich jeweils zur Hälfte teilhat. Diese

Konzeption entspricht auch dem geltenden Eherecht. Damit löst das St. Galler Vollsplitting das Ehegattenbesteuerungsproblem sachgerecht. Mit weiteren individuellen Abzügen wie solchen für Kinder, Kinderalimente, Ausbildungskosten, Erhöhung von Abzügen für Personenversicherungsprämien, Kinderbetreuungskosten usw. kann zudem der jeweiligen Situation der Familie Rechnung getragen werden.

Die WAK-NR ist ebenfalls der Meinung, dass die direkte Bundessteuer an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ehegatten anknüpfen sollte, und hat daher meine Parlamentarische Initiative überwiesen. Kritik wird vorwiegend von linker Seite vorgebracht. Sie richtet sich vor allem gegen die Begünstigung von gewissen Einverdiener-ehepaaren. Dazu ist zu sagen, dass sich die Gesetzgebung am Normalfall orientieren muss. M. a. W., die Millionärsgattinnen oder «coffee morning wives» stellen in der Gesamtzahl der Ehen nur eine verschwindend kleine Gruppe dar. Deswegen müssen sich die Kritiker und Kritikerinnen die Frage gefallen lassen, warum sie die überwiegende Zahl der Familien von Zweiverdiener-ehepaaren steuerlich für ihre Mehrleistung bestraft sehen wollen. Es ist daher auch verfassungsrechtlich unter dem Prinzip der Gleichbehandlung bedenklich, wenn sich eine gesetzliche Regelung an nur vereinzelt auftretenden Ausnahmefällen orientiert und damit gerech-

## ZUM THEMA

.....  
*Warum, so wird sich der unbefangene Staatsbürger oder die Staatsbürgerin fragen, löst gerade die Wahl des Zivilstandes «verheiratet» anstelle von «ledig», «geschieden» oder «Konkubinat» diese «Sanktion» aus?*

.....  
*Mit weiteren individuellen Abzügen wie solchen für Kinder, Kinderalimente, Ausbildungskosten, Erhöhung von Abzügen für Personenversicherungsprämien, Kinderbetreuungskosten usw. kann zudem der jeweiligen Situation der Familie Rechnung getragen werden.*

tere Lösungen für die Mehrzahl der intakten Ehen verhindert. Zudem sei angefügt, dass diesem ideologisch gefärbten Argument leicht durch die Herabsetzung der Obergrenze begegnet werden könnte.

Fazit: Was die direkte Bundessteuer angeht, herrschen für den Fiskus immer noch «paradiesische» Zustände – so gesehen hat sich seit Adam und Eva wenig geändert.

IM GESPRÄCH  Andreas Hotz, Baar

# «Sicher nicht Jean Ziegler»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Leben und leben lassen.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Auf dem Überlebensdrang der Menschheit und dem Potential unserer Kinder.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die zunehmende Polarisierung der Kräfte mit gleichzeitigem Abbau der Kommunikationsfähigkeit.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Das elektrische Licht; Handys in Restaurants.

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Ein Rasierapparat, der mich im Schlaf auf den Tag vorbereitet.

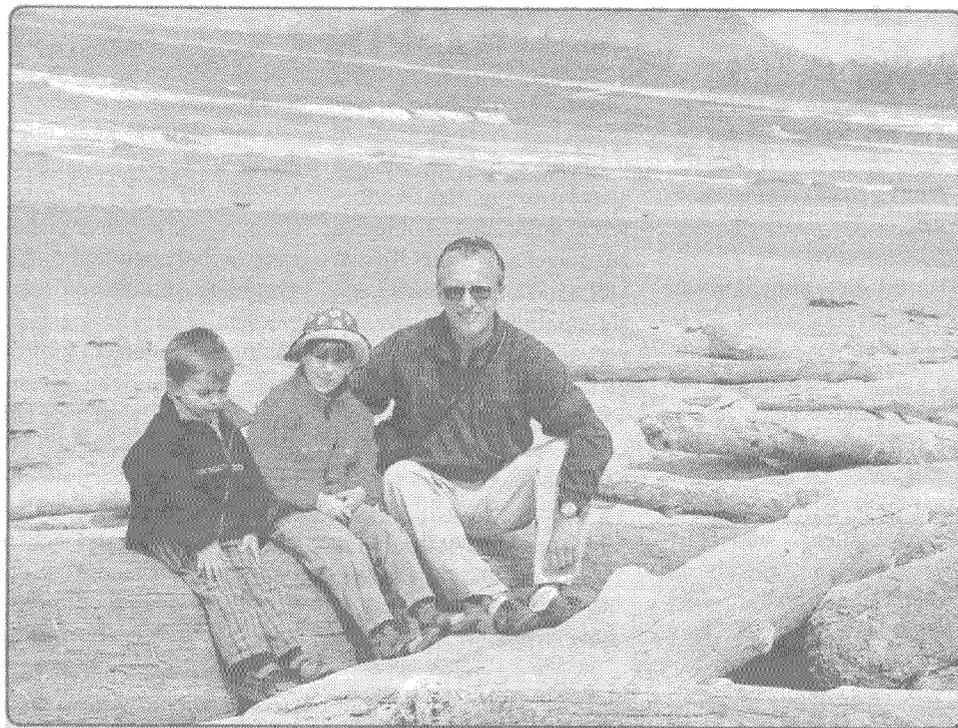
WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Heimat ist Liebe.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

## ZUR PERSON

NAME: Hotz  
 VORNAME: Andreas  
 WOHNORT: 6340 Baar  
 MITGLIED DER FDP-ORTS-PARTEI: Baar  
 AUSBILDUNG UND HEUTIGE TÄTIGKEIT: Selbständiger Rechtsanwalt und Notar



Andreas Hotz mit den Kindern Tobias und Simone auf Kanadareise.

Die Tendenz, sich und alles zu ernst zu nehmen und dadurch an Selbstbewusstsein zu verlieren.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Mit Sicherheit ins nächste Jahrtausend.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Nein. Minderheiten können zwar gute Impulsgeber sein, echter Fortschritt ist jedoch

nur über demokratisch organisierte Mehrheiten möglich.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER; WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Sicher nicht an Jean Ziegler, evtl. jedoch an Adolf Ogi für seine schier ungläublichen Nehmerqualitäten.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Mit Sachverstand, Zuhörfähigkeit und Durchsetzungsvermögen.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Über die Jungliberalen und meine Familie fand ich den Weg in die FDP.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Das Verantwortungsbewusstsein, die Meinungsvielfalt und die Sachkompetenz.

Die Unfähigkeit, ihre Leistungen allgemein verständlich und modern zu vermitteln.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Das Neinsagen habe ich nicht erfunden.

Teamarbeit und den Mut zu Entscheidungen.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN, WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLEARNEN?

Mangels weiterer ausgeprägter Fähigkeiten kann ich mir im Moment keinen anderen Beruf vorstellen.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Shakespeare in Love.

## STICHWORTE

INTERNET: Faszinierend und E-Mail-Flut

SOZIALSTAAT: Mehr geht heute nicht

NEAT: Hoffentlich im Griff

AGRARPOLITIK: Dem Ziel näher

«ARENA»: Auslaufmodell

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Pippilotti Rist. Ich glaube, wir würden einen vergnüglichen Abend verbringen.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

So gut Tennis spielen, dass ich meinen mittleren Bruder schlagen kann.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Eine ausgedehnte Weltreise mit meiner Familie. ■

## IMPRESSUM

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

### VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

# FDP will bezahlbare Gesundheit statt neue Steuern

**Die FDP hat im Juli an einer Pressekonferenz das neue Positionspapier zur Gesundheitspolitik «Mehr Wettbewerb statt neue Steuern im Gesundheitswesen» vorgestellt. Der «Freisinn» publiziert hier die Kurzfassung des Papiers.**

**DEN GRUNDBEDARF DECKEN. FÜR WUNSCHBEDARF UND KOMFORTVERBESSERUNGEN GIBT ES ZUSATZVERSICHERUNGEN.**

Damit die obligatorische Krankenversicherung für jedermann bezahlbar bleibt, soll sie nur Leistungen vergüten, welche zur Deckung der Grundbedürfnisse nötig sind. Was darüber hinaus geht (inkl. Behandlung von Bagatellfällen und Erhöhung des Komforts im Spital), gehört in die Selbstverantwortung. Dafür kann individuell und freiwillig eine Zusatzversicherung abgeschlossen werden. Je konsequenter die obligatorische Krankenversicherung auf das Notwendige beschränkt wird, desto günstiger sind die Prämien dafür, und desto höher ist auch die Attraktivität der freiwilligen, individuell angepassten Zusatzversicherung.

**3. DAS KRANKENVERSICHERUNGSGESETZ (KVG) BRAUCHT KEINE GESAMTREVISION. NOTWENDIG SIND ABER GEZIELTE KORREKTUREN: MEHR MARKT, WENIGER STAATLICHE INTERVENTION UND ABSCHAFFUNG VON GIESSKANNENSUBVENTIONEN.**

**1. ZUERST: MEHR SELBSTVERANTWORTUNG FÜR DIE EIGENE GESUNDHEIT, MIT ANREIZEN ZU GESUNDHEITSBEWUSSTEM VERHALTEN UND ZUR KRANKHEITSVORBEUGUNG.**

Die Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit ist zu fördern. Die obligatorische Krankenversicherung soll grundsätzlich nur das decken, was die Leistungsfähigkeit des Individuums überfordert. Die heute verbreitete Anspruchsmentalität gegenüber der sozialen Krankenversicherung ist durch geeignete Anreize zu brechen. Nötig sind zudem wirksame Anreize zu gesundheitsbewusstem Verhalten und zur Krankheitsvorbeugung.

**2. DIE OBLIGATORISCHE KRANKENVERSICHERUNG SOLL**

Das KVG hat bereits wesentliche Verbesserungen gebracht. Es ermöglicht aber zu wenig, den Wettbewerb unter den Anbietern zu nutzen, der die Kosten viel wirksamer senken kann als staatliche Eingriffe, so vor allem im Bereich der medizinischen und pflegerischen Leistungen. Dafür bedarf es gezielter KVG-Reformen.

**4. DER LEISTUNGSKATALOG IN DER OBLIGATORISCHEN KRANKENVERSICHERUNG IST AUF DAS NOTWENDIGE ZU BESCHRÄNKEN, EBENSO DIE ZULASSUNG VON LEISTUNGSERBRINGERN UND LEISTUNGSERBRINGER-KATEGORIEN.**

Der Rahmen des KVG für die Vergütung von Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung ist zu weit. Korrekturen sind nötig: bei der Zulassung neuer Leistungen und Leistungserbringer (inkl. derer Kategorien) und bei der Überprüfung des geltenden Katalogs nach den KVG-Voraussetzungen (Wirtschaftlichkeit, wissenschaftlich belegte Wirksamkeit und Zweckmässigkeit).

**5. DIE KOPFPRÄMIEN IN DER OBLIGATORISCHEN KRANKENVERSICHERUNG SIND BEIZUBEHALTEN, EBENSO DIE GEZIELTE PRÄMIENVERBILLIGUNG FÜR WIRTSCHAFTLICH SCHWÄCHERE PERSONEN DURCH DIE ÖFFENTLICHE HAND. DIE UMVERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN ÜBER DIE PRÄMIEN IST ABZULEHNEN.**

Mit den Kopfprämien nehmen die Versicherten die Entwicklung der Gesundheitskosten direkt wahr und

finanzieren diese angemessen mit. Nur so kann auch die Vielfalt konkurrierender Versicherer in der obligatorischen Krankenversicherung beibehalten und durch geeignete Anreize gefördert werden. Einkommensabhängige Prämien, Lohnprozente und ähnliche Finanzierungsarten lehnt die FDP ab: Die Prämien der obligatorischen Krankenpflege-Grundversicherung sollen nicht zu verkappten neuen Steuern werden und zu einer weiteren Einkommens- und Vermögensumverteilung führen.

**6. IM SPITALBEREICH BRAUCHT ES MEHR WETTBEWERB. AUF DIE SUBVENTIONIERUNG DER SPITÄLER IST ZU VERZICHTEN; SIE SOLLEN FREIE UNTERNEHMEN WERDEN. IM AMBULANTEN BEREICH SIND GLOBALBUDGETS UND ÄHNLICHE PLANWIRTSCHAFTLICHE EINGRIFFE VERFEHLT; EBENSO SIND DIE STAATLICHEN PREISEINGRIFFE UND TARIFE ABZUSCHAFFEN. IM RAHMEN DER OBLIGATORISCHEN KRANKENVERSICHERUNG IST DER VERTRAGSZWANG ZWISCHEN DEN LEISTUNGSERBRINGERN UND VERSICHERERN AUFZUHEBEN.**

Alle Spitäler sollen freie Unternehmen mit gleich langen Spiessen werden. Öffentlichen und staatlich subventionierten Spitälern ist der Übergang dahin zu erleichtern. Die kantonale und regionale Spitalplanung sowie die staatliche Tarifierung sind durch Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zu ersetzen. Mit dem Subventionsabbau frei werdende staatliche Mittel sind für Zwecke der obligatorischen Kranken-

pflege-Grundversicherung zu verwenden (z. B. zur gezielten Prämienverbilligung oder für Behandlungsfall-Kostenbeiträge).

Der Verzicht auf staatliche Eingriffe, Preiskontrollen und Tarife trägt dazu bei, das Übermass an Leistungen und Leistungserbringern zulasten der obligatorischen Krankenpflege-Grundversicherung einzudämmen. Globalbudgets und ähnliche planwirtschaftliche Eingriffe des Staates sind in der ambulanten Versorgung nicht geeignet, um eine wirksame und nachhaltige Kostensenkung zu erzielen. Der Vertragszwang zwischen den Leistungserbringern (Spitäler, Ärzte u. a.) und den Versicherern ist in der obligatorischen Krankenpflege-Grundversicherung aufzuheben.

**7. DIE STAATLICHEN AUFGABEN UND BEFUGNISSE SIND ZU ENTFLECHTEN.**

Es braucht eine gesetzliche Rahmenordnung für die obligatorische Krankenversicherung, mit gezielter Subventionierung der Prämien für wirtschaftlich Schwächere. Generell soll sich der Staat auf die Ordnungspolitik beschränken, d. h. vor allem auf Rahmenbedingungen für den Wettbewerb. Weder im Medizin- und Pflegebereich noch als Krankenversicherer soll der Staat selbst Leistungen erbringen. Wenn Bund, Kantone oder Gemeinden Massnahmen im Gesundheitswesen anordnen, sollen sie dafür direkt finanziell verantwortlich sein.

**Talon**

Ja, ich bestelle das Positionspapier «Mehr Wettbewerb statt neue Steuern im Gesundheitswesen»

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail [gs@fdp.ch](mailto:gs@fdp.ch)

Initiative populaire  
Moratoire fiscal!

Iniziativa popolare  
Moratoria fiscale!

# Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!

## Was will die Steuerstopp-Initiative?

→ **Genug ist genug.  
Keine Steuer-  
erhöhungen oder  
neue Steuern mehr!**

Wir akzeptieren keine neuen Steuern mehr. Nach Inkrafttreten der Initiative dürfen vom Bund während sieben Jahren ohne gleichwertige Kompensation keine Steuern mehr eingeführt oder erhöht werden. Die Steuerbelastung soll dadurch stabilisiert werden.

→ **Zuviel erhobene  
Steuern zurück-  
erstatthen:**

Falls der Bund nach Inkrafttreten der Initiative zuviel Steuern und Abgaben erhebt, d.h. wenn der Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 überschritten wird, müssen diese den Steuerzahlerinnen und -zahlern zurückerstattet werden:

■ die eine Hälfte des zuviel Erhobenen erhalten die Steuerzahler als Rabatt auf der direkten Bundessteuer zurück;

■ die andere Hälfte erhöht den Bundesbeitrag an die AHV-Kasse und kommt so auch wieder allen zugute.

→ **Niedrige Steuern.  
Dies fördert Wach-  
stum und schafft Ar-  
beitsplätze:**

Unser Land ist auf eine im internationalen Vergleich relativ günstige Steuerbelastung angewiesen. Dank dem Steuerstopp wird die Steuerlast für Privatpersonen, für Selbständige, für Unternehmungen und ihre Angestellten wieder berechenbar. Damit wird der Werk- und Denkplatz Schweiz attraktiver. Unter günstigen Rahmenbedingungen können Betriebe und Unternehmungen wachsen, und neue Unternehmen lassen sich in der Schweiz nieder. Dieses wirtschaftliche Wachstum fördert Arbeitsplätze und hilft mit, die Sozialwerke zu sichern!

**Was bleibt mit dem  
Steuerstopp möglich?**

■ Ein Umbau des Steuersystems im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Bundesfinanzordnung im Jahre 2006 bleibt möglich. Nicht aber ein Ausbau, welcher zu einer weiteren Erhöhung der Steuerbelastung führen würde. Zugelassen bleibt die Einführung von

reinen Lenkungsabgaben, die voll zurückerstattet werden.

■ Die bilateralen Verträge und allfällige weitere Integrationsschritte in Europa werden durch die Initiative nicht tangiert.

■ Die AHV braucht in Zukunft mehr Mittel, weil immer mehr Rentenbezüger immer weniger Beitragszahlern gegenüberstehen. Wenn deshalb aus demographischen Gründen – und nur aus diesen Gründen – Steuererhöhungen zur Sicherung der AHV-Renten notwendig würden, sind diese trotz dem Steuerstopp möglich.

■ Vor Inkrafttreten der Initiative vom Volk beschlossene Steuern und Abgaben bleiben unberührt. Die Initiative hat keine rückwirkende Wirkung.

## Der Wortlaut der Steuerstopp-Initiative

**Die Volksinitiative lautet:**

*Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung vom 18. April 1999 werden wie folgt ergänzt:*

Art. 197 Ziff. 1 (neu)

1. Übergangsbestimmung zu Art. 59 Abs. 3, Art. 85, Art. 86, Art. 106, Art. 112, Art. 114, Art. 116, Art. 130–132 und Art. 196 Ziff. 2, 3, 8 und 14–16 (Steuern und Abgaben)

<sup>1</sup> Während sieben Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung dürfen bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur eingeführt oder erhöht werden, wenn im gleichen Umfang bestehende bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben oder andere Abgaben gesenkt werden.

<sup>2</sup> Wird nach Inkrafttreten dieser Bestimmung der im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, so treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein: Im Umfang je der Hälfte des sich daraus ergebenden überschüssenden Betrages ermässigt sich die direkte Bundessteuer für jeden Steuerpflichtigen um den gleichen Prozentsatz und erhöht sich der Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bundesrat legt die entsprechenden Prozentsätze und Beträge fest.

<sup>3</sup> Die Absätze 1 und 2 gelten weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bundesrechtlicher Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben, die zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung unerlässlich ist.

<sup>4</sup> Die Bestimmung tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

STEUERSTOPP-INITIATIVE ◉ Der Hintergrund

# Haushaltsausgleich ohne neue Steuern

Die finanzpolitische Aufhellung ist unverkennbar. Das von Volk und Ständen mit deutlichem Mehr gutgeheissene Haushaltsziel 2001 ist in Griffweite. Dazu beigetragen haben einerseits das auf Grund des Verfassungsauftrages lancierte Stabilisierungsprogramm 98 sowie andererseits die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung. Mit der Beseitigung der Defizite stellen wir eine zentrale Voraussetzung für Wachstum und Wohlfahrt in der Zukunft sicher.

VON FDP-NATIONALRAT GEROLD BÜHRER, THAYNGEN (SH)

Das Haushaltsziel 2001 hat als institutioneller Rahmen einen unverzichtbaren Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet. Die Freisinnigen haben diese Massnahme sowie weitere Schritte zur Gesundung unserer Staatsfinanzen, wie die Ausgaben- und Schuldenbremse, entscheidend vorangetrieben. Die 70%ige Zu-



FDP-Nationalrat Gerold Bühler: «Die Steuerstopp-Initiative der FDP schafft mittelfristig die Voraussetzung für gezielte steuerliche Erleichterungen.» (Bild ruti)

stimmung zum Haushaltsziel 2001, und somit zur ausgabenseitigen Sanierung des Bundeshaushaltes, ist für uns eine Verpflichtung, die Finanzen auch nach 2001 im Griff zu halten.

## Hochsteuerländer haben hohe Arbeitslosigkeit

Der Ausgleich des Bundeshaushaltes ist, von den jüngsten Anstrengungen auf der Ausgabenseite abgesehen, ganz wesentlich auf Erhöhungen von Steuern und Abgaben zurückzuführen. Mit anderen Worten, die Haushaltssanierung konnte nur mit einer erheblichen Ausweitung der Steuerquote erreicht werden. Die Fiskalquote liegt mit 34,5% des Bruttoinlandsproduktes nur noch leicht unter dem Durch-

schnitt der OECD. Besonders kritisch ist dabei der überdurchschnittlich starke Anstieg der Staats- und Steuerquote in den vergangenen Jahren. Ein Gewährenlassen dieser Entwicklung würde unserem Land zukünftig Schaden zufügen. Dies belegen ausländische Beispiele deutlich. Eine überhöhte Steuerbelastung hat sich früher oder später nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit und somit auf die Arbeitsplätze ausgewirkt. Es ist von daher nicht überraschend, dass Hochsteuerländer in der Regel auch Staaten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit sind.

Nebst den erwähnten institutionellen Massnahmen auf der Ausgabenseite wol-

len wir daher auch auf der Einnahmenseite ein weiteres Drehen an der Steuerschraube zukünftig unterbinden. Wir wollen mit einer Zustimmung zu unserer Initiative einen Damm gegen eine weitere Ausweitung der Staats- und Steuerquote errichten.

## Welches sind die Hauptanliegen der Steuerstopp-Initiative?

In Absatz 1 wird gefordert, dass während 7 Jahren nach Inkrafttreten der Bestimmungen Steuern, Sozial- und andere Abgaben nur eingeführt bzw. erhöht werden dürfen, wenn im entsprechenden Umfang bestehende Abgaben reduziert werden. Dies führt zur erwähnten Stabilisierung der Fiskalquote.

### ZUM THEMA

Wir wollen mit einer Zustimmung zu unserer Initiative einen Damm gegen eine weitere Ausweitung der Staats- und Steuerquote errichten.

Mit der Steuerstopp-Initiative unterstützen wir die Bemühungen für mehr Ausgabendisziplin.

In Absatz 2 ist ein fester Mechanismus vorgesehen, welcher dafür sorgen soll, dass die übergeordnete Zielsetzung nicht toter Buchstabe bleibt. Als Referenzbasis für die Fiskalquote stellen wir auf den Durchschnitt der Jahre 2001/2002 ab. Bei Nichteinhaltung der verlangten Steuerstabilisierung soll im Umfang je der Hälfte des überschüssenden Betrages eine Rückerstattung bei der direkten Bundessteuer bzw. eine Erhöhung der Bundesleistung an die AHV zur Anwendung gelangen.

In Absatz 3 halten wir in Konsequenz zu unserer seit Jahren verfolgten Politik fest, dass sowohl reine Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, als auch Abgaben zur Finanzierung demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der AHV ausgeklammert bleiben.

Mit der Steuerstopp-Initiative unterstützen wir nicht nur die Bemühungen für mehr Ausgabendisziplin, sondern schaffen auf mittlere Frist auch die Voraussetzung, gezielte steuerliche Erleichterungen vorzunehmen. Bedingung dafür ist allerdings, dass die Verschuldungsquote wieder verringert werden kann.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

VOLKSINITIATIVE STEUERSTOPP ◊ *Unterschriftensammlung*

# Unterschreiben und sofort zurücksenden!

Mit der Lancierung der Steuerstopp-Initiative beschreitet die FDP sozusagen Neuland. Die letzte von uns eingereichte Volksinitiative liegt mehr als zehn Jahre zurück. Aus diesem Grund stellt dieses Projekt für viele von uns eine Herausforderung dar. Wir haben sie angenommen, und es gilt nun, diese Unterschriften zu sammeln. Unterschreiben und zurücksenden heisst die Devise!

VON DOMINIK ISLER,  
ASSISTENT, BERN

Die grundsätzlichen Fakten sind klar: 18 Monaten haben wir Zeit, um 100 000 von den Behörden bescheinigte Unterschriften zu sammeln. Rechnet man die übliche Zahl von rund 20 Prozent ungültigen Unterschriften dazu, sind sogar rund 120 000 Unterschriften einzuholen. Dies ist eine hohe Zahl. Es ist zu bedenken, dass momentan für verschiedene Volksinitiativen mit Geld Unterschriften gesammelt werden, denn die Unterschriftensammlungen verlaufen harzig. Dies kann für uns nur eines bedeuten: Die Unterschriften müssen mit einem grossen Effort innerhalb kurzer Zeit gesammelt werden.

## Sofort intensiv Unterschriften sammeln

Es ist einfacher, während einer kurzen Phase intensiv zu sammeln, als nach Wochen und Monaten nochmals auf der Strasse Leute anzusprechen. Bei allen Beteiligten soll sich eine positive und kämpferische Haltung einstellen: «Wir von der FDP sammeln diese Unterschriften in Rekordzeit und müssen nicht dafür bezahlen.» Das Ziel ist, im Herbst einen beeindruckenden Teil der Unterschriften gesammelt zu haben.

## Zusammen schaffen wir das!

Es ist zu schaffen! Die Unterschriftensammlung wird sich über verschiedene Kanäle abwickeln: Zum ei-

nen über die FDP-Mitglieder, welche aktiv Unterschriften sammeln, und zum andern über Beilagen in Zeitungen und Versendungen. Hüten wir uns jedoch davor, zuviel Hoffnung in diese Beilagen zu setzen. Man stelle sich vor: Jeder Abonnent des «Freisinn» unterschreibt und überzeugt eine weitere Person zur Unterschrift und retourniert den Bogen sofort: Die Sammlung wäre bereits erfolgreich abgeschlossen! Leider zeigen Erfahrungen, dass der Rücklauf von Beilagekarten eher gering ist. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, das Begehren zu studieren, zu unterzeichnen und den beigelegten Bogen sofort zurückzusenden.

Dennoch wird die gesamte FDP auf der Strasse Unterschriften sammeln müssen. An vorderster Front werden dabei die Kandidierenden für die National- und Ständeratswahlen stehen, für welche diese Aktion eine willkommene Gelegenheit darstellt, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten.

## Stützpunkte: die Kantonalparteien

Die wichtigste Aufgabe haben aber die Kantonalsekretariate. Sie koordinieren die Sammlungen in ihren Kantonen, verteilen Material und setzen Sammelziele und Fristen. Im September versenden die Kantonalsekretariate allen Ortsparteipräsidenten Unterlagen, welche diese an ihre Mitglieder weiterverteilen sollen. ■

## Zu beachten für die Unterschriftensammlung:

- Pro Liste dürfen nur Personen aus ein und derselben Gemeinde unterschreiben.
- Es können auch Unterschriftenlisten zurückgesandt werden, die nicht bis auf die letzte Zeile ausgefüllt sind. (z. B. nur 2 von 5 Zeilen) Besser eine Liste mit nur 2 ausgefüllten Zeilen sofort senden, als sie liegen lassen!
- Der Unterschriftenbogen darf keinesfalls zerrissen werden. Einfach falzen und sofort absenden.
- Jede einzelne Zeile muss vollständig ausgefüllt und handschriftlich unterzeichnet sein.
- Alle Unterschriften, welche sich auf einem beschädigten Unterschriftenbogen befinden, sind ungültig.

[www.steuerstopp.ch](http://www.steuerstopp.ch)

Ihr Kantonalsekretariat verteilt Anfang September Unterlagen in Ihrem Kanton. Die Kantonalsekretariate sind Ansprechpartner für kantonale und kommunale Sammelaktionen auf der Strasse.

Sollten Sie mehr Unterlagen benötigen, können Sie diese ab Anfang September direkt über das Internet herunterladen: [www.steuerstopp.ch](http://www.steuerstopp.ch). Oder wenden Sie sich an das Sekretariat der Steuerstopp-Initiative, Telefon (031) 320 35 34, Fax (031) 320 32 00.

BUNDESRAT  Rückkehrsignal an die Kosovo-Vertriebenen

# Zusätzliche Transporte

Die FDP begrüsst das klare Rückkehrsignal, das der Bundesrat mit der Aufhebung der kollektiven vorläufigen Aufnahme an die Kosovo-Vertriebenen und mit der Bekanntgabe einer Ausreisefrist sendet. Die FDP fordert zusätzliche Bemühungen zur Vergrösserung der Transportkapazitäten, damit möglichst viele Vertriebene noch vor Wintereinbruch in ihre Heimat zurückkehren können. Weiter fordert die FDP angesichts der klaren Rückkehrperspektiven den Verzicht auf die Einschulung der vertriebenen Kinder in die ordentlichen Schulen. Zu bedauern ist, dass der Bundesrat mit dem Verzicht auf eine vernünftige Bewaffnung der Swisscoy-Truppen in Kosovo sicherheitspolitisch auf halbem Weg stehenbleibt.

Die FDP teilt die Lagebeurteilung des Bundesrates bezüglich der Notwendigkeit der raschen Rückkehr der Kosovo-Vertriebenen und begrüsst dessen Entscheide ausdrücklich. Die Ausreisefrist bis 31. Mai 2000 ist vernünftig angesetzt, muss dann aber auch konsequent

durchgesetzt werden. Für die FDP bleibt das Ziel einer möglichst grossen Zahl Rückkehrer bis zum Wintereinbruch bestehen. Sie werden in ihrer Heimat für den Wiederaufbau dringend gebraucht. Deshalb fordert die FDP zusätzliche Anstrengungen zur Vergrösserung der Transportkapazitäten (beispielsweise Shuttle-Flüge) in diesem Jahr mit Priorität in den nächsten zwei Monaten. Es darf nicht sein, dass Rückkehrwillige in grosser Zahl auf Grund rein logistischer Probleme zurückgehalten werden. Die Kosten für die Bereitstellung zusätzlicher Flugkapazitäten sind in Kauf zu nehmen.

## Auf ordentliche Einschulung verzichten

Vor ein paar Wochen begann das neue Schuljahr. Die Frage der Einschulung kann nach den heutigen Bundesratsentscheiden ebenfalls beantwortet werden. Angesichts der nun klaren Rückkehrperspektive ist auf eine ordentliche Einschulung der vertriebenen Kinder zu verzichten.

Die FDP hat mehrmals einen dringlichen Bundesbeschluss zugunsten der Bewaffnung zum Selbst-

schutz der Schweizer Soldaten im Auslandseinsatz gefordert. Dass der Bundesrat nun sicherheitspolitisch auf halbem Weg stehenbleibt und de facto ausländische «Gastarbeiter» für den Schutz der Schweizer sorgen müssen, ist eines selbstbewussten Staates unwürdig. Die praktisch täglichen Auseinandersetzungen zwischen Kräften der multinationalen «Kosovo-Force (KFOR)» und regionalen Banden machen einen unbewaffneten Auftritt gefährlich. ■

**Wir wollen, dass die Schweiz Ihre Anstrengungen in den Krisenregionen verstärkt – statt ungebremste Einwanderung und Konflikte in der Schweiz zu erleiden oder zu erdulden.**

## ZUM THEMA

Die FDP fordert zusätzliche Bemühungen zur Vergrösserung der Transportkapazitäten, damit möglichst viele Vertriebene noch vor Wintereinbruch in ihre Heimat zurückkehren können.

Es darf nicht sein, dass Rückkehrwillige in grosser Zahl auf Grund rein logistischer Probleme zurückgehalten werden.

Dass der Bundesrat nun sicherheitspolitisch auf halbem Weg stehenbleibt und de facto ausländische «Gastarbeiter» für den Schutz der Schweizer sorgen müssen, ist eines selbstbewussten Staates unwürdig.

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD)

## Neuerscheinung

Andreas Iten, Präsident der SAD:

## Blochers Populismus und Widerspruch

Über den Wahrheitsgehalt der Albisgütli-Rede 1999

Anhand nachprüfbarer Beispiele geht Andreas Iten der Frage nach der Wahrfähigkeit Blocherscher Behauptungen nach. Er setzt sich mit dessen gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Ideologie auseinander und tritt Blochers Angriff auf die politische Kultur der Schweiz entgegen.

Andreas Iten, geboren 1936, wohnt in seiner Geburts- und Heimatgemeinde Unterägeri. Er war Lehrer für Psychologie und Pädagogik am Seminar Menzingen. In der Öffentlichkeit wirkte er als Gemeindepräsident von Unterägeri sowie langjähriger Regierungsrat und Ständerat des Kantons Zug. Er ist heute unter anderem Präsident der Eidgenössischen Filmkommission, des Stiftungsrates des Medienausbildungszentrums in Luzern und von agogis (Berufliche Ausbildung im Sozialbereich) mit Sitz in Zürich, des Innerschweizer Schriftstellerinnen und Schriftsteller Verein und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD).

Andreas Iten: «Blochers Populismus und Widerspruch», herausgegeben 1999 durch die SAD, Werd-Verlag Zürich, ISBN 3-85932-298-2, Fr. 24.90 + Porto.

- Ich bestelle ... Exemplar(e) Andreas Iten: «Blochers Populismus und Widerspruch».
- Informieren Sie mich über das Programm der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD).
- Ich möchte der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) beitreten.

Bitte Gewünschtes ankreuzen und Talon einsenden an:  
Werd-Verlag, Postfach 1810, 8021 Zürich, Fax Nr. 01 248 50 39.

# Neues Material

Die Linie für  
ein gutes  
Verhältnis  
zu Europa.

FDP

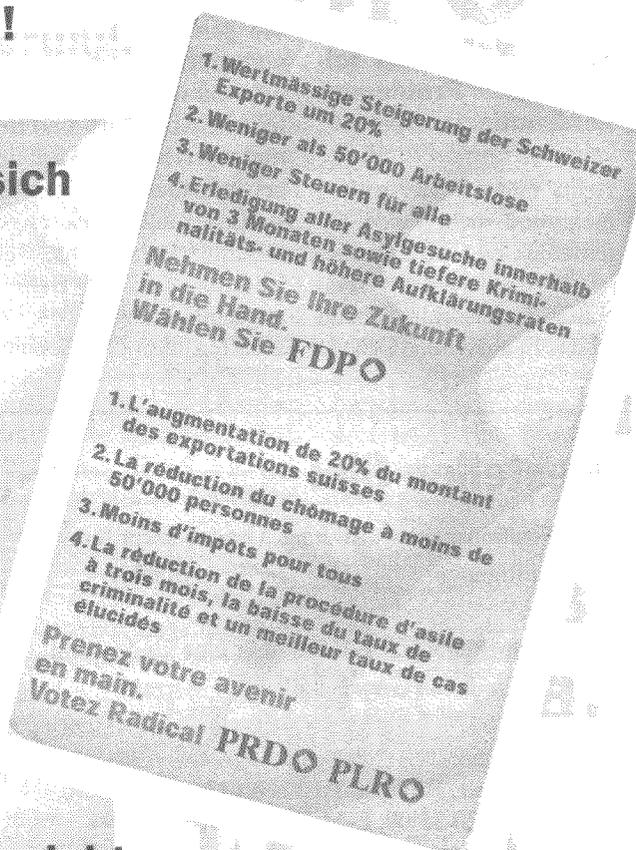
Ab sofort sind die Folder für den Wahlkampf 1999 lieferbar:

- Unsere Ziele 1999–2003  
(Zusammenfassung der Wahlplattform)
- Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!  
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)

○ In Bildung und Arbeit investieren, damit sich  
Wissen auch in Zukunft auszahlt  
(Wirtschafts- und Bildungspolitik)

○ Selbstbewusste Zusammenarbeit statt  
Abschied von Europa und der Welt  
(Aussenpolitik)

○ Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort  
statt ungebremste Einwanderung in die  
Schweiz (Sicherheits- und Asylpolitik)



Ebenso ist die 18seitige Wahlplattform 99

«Sicherheit durch Erneuerung. Was wir erreicht haben. Was wir erreichen wollen. Mit Ihnen.» nun erhältlich.

Neu erhalten Sie auch die FDP-Kalender im Kreditkartenformat. Auf deren Vorderseite sind die Ziele der FDP für die Legislatur 1999–2003 aufgeführt.

Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,  
Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 320 35 35

Fax (031) 320 35 00

E-Mail: [aebischer@fdp.ch](mailto:aebischer@fdp.ch)

Ein gutes  
Verhältnis  
zu Europa.

FDP

Sicherheit durch Erneuerung!

Freie und demokratische Partei

BILDUNGSPOLITIK  Petition der FDP

# «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule»

**Die Delegiertenversammlung vom 28. August 1999 hat folgende Petition beschlossen. Eltern schulpflichtiger Kinder sehen sich in vielen Kantonen mit folgenden Problemen konfrontiert:**

Heute müssen oder wollen mehr und mehr beide Elternteile und Alleinerziehende berufstätig sein. Dafür ausschlaggebend sind finanzielle Gründe

oder die Tatsache, dass in vielen Berufen ein mehrjähriger Unterbruch in der Erwerbstätigkeit zu einem fast nicht mehr aufholbaren Wissensrückstand führt. Wo genügend Einkommen vorhanden ist und dies gewünscht wird, kann die Delegation von Haus- und Betreuungsarbeit wie seit jeher individuell erfolgen. Es sind aber auch private, gemischtwirtschaftliche, allenfalls staatliche Betreuungseinrichtungen zu schaffen. An den Schulen

sind Blockzeiten einzuführen, damit ein einigermaßen geregelter Tagesablauf auch bei Berufstätigkeit der Eltern möglich ist. Im Interesse der Kinder sind, unterstützend zu privaten Angeboten, freiwillige Tagesschulen einzurichten. **(Bst. a)**

Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Müttern ist die Möglichkeit der Kinderbetreuung durch Drittpersonen. Die dafür aufgewendeten Kosten müssen als Gewinnungskosten von den Steuern abgezogen werden können. **(Bst. b)**

Heute erwarten die Arbeitgeber von vielen Familien Mobilität. Während der Ausbildungszeit der Kinder finden nicht selten mehrere Umzüge statt. Wenn in jedem Kanton wieder ein anderes Schulmodell gilt, erschwert dies den Anschluss. So wird ein einfacher Eintritt der Schulkinder bei einem Wohnortwechsel verhindert. Dies steht auch

dem Austausch zwischen den Landesteilen entgegen. Unterrichtsziele und Übertrittsbedingungen sollen mindestens in den Kernfächern harmonisiert werden. **(Bst. c)**

Fremdsprachenkenntnisse sind heute wichtiger denn je. In allen Berufszweigen sind entsprechende Kenntnisse erforderlich. Die Kinder sollen bereits in der Grundstufe in Fremdsprachen unterrichtet werden. Dabei soll einer zwei-

ten Landessprache nach wie vor Priorität zukommen. **(Bst. d und e)**

Der Eintritt in die Grundschule soll früher als heute erfolgen, damit die spielerischen Lernfähigkeiten der Kinder besser gefördert werden können. **(Bst. f)**

Die FDP Schweiz, die FDP-Frauen Schweiz und die Jungfreisinnigen Schweiz fordern deshalb vom Bundesrat und den Kantonsregierungen Massnahmen, damit

## Bestellen Sie:

Das Positionspapier «Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung»: **Anzahl:** \_\_\_\_\_

Unterschriftenbogen Petition «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule»: **Anzahl:** \_\_\_\_\_

Einsenden an:

FDP Schweiz, Bildung, Postfach 6136, 3001 Bern,  
Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

- a) die Realisierung und der Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen freiwilligen Tagesschulen von Bund und Kantonen unterstützt und steuerlich begünstigt werden
- b) Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten von den Steuern abgezogen werden können
- c) die grundlegenden Unterrichtsziele und die Übertrittsbedingungen der obligatorischen Volksschule zwischen den Kantonen harmonisiert werden
- d) der Unterricht einer zweiten Landessprache von der Grundschule an vorrangig erfolgt
- e) die fakultative Einführung ins Englische in der Grundschule beginnt
- f) der Beginn der Grundschule im 5. Altersjahr festgelegt wird.

## Time Out?

STROM-FORUM 3/99

**Die Elektrizitätswirtschaft will den Strommarkt schrittweise für alle Kunden öffnen. Die Spielregeln des Marktes müssen für Kunden und Lieferanten fair und voraussehbar sein. Das künftige Elektrizitätsmarktgesetz hat den Markt und die Übergangskosten für «Härtefälle» zu regeln. Im Interesse unserer Kunden darf die Marktöffnung nicht aus politischen Gründen verzögert werden.**

### Etappierte Marktöffnung für alle

Für eine volkswirtschaftlich tragfähige und technisch funktionierende Stromversorgung soll die Marktöffnung im Interesse der Kunden mit vorhersehbaren Schritten beginnen. Wie in der EU ist die Marktsituation nach sechs Jahren zu überprüfen und die weiteren Öffnungsschritte sind festzulegen.

### Übergangsregelung für «Ex-Monopolisten»

Dieses Vorgehen ist vergleichbar mit den Übergangsregelungen, die Swisscom und Swissair zugestanden wurden. Es wäre stossend, wenn die Stromwirtschaft schlechter behandelt würde.

### Alle Spielregeln im gleichen Gesetz

Das Elektrizitätsmarktgesetz muss den Übergang vom Monopol in den

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

FDP-BILDUNGSPOLITIK  *Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen*

# Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung

**Bildung ermöglicht Freiheit und ist die Voraussetzung zu aktivem Mitmachen in unserer Gesellschaft. Wer mitgestalten, mitsprechen will, muss wissen, um was es geht. Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Intelligenz, Neugierde, Kreativität und Wissen sind die Ressourcen, auf denen der Wohlstand von morgen aufbaut.**

VON FDP-STÄNDERÄTIN  
CHRISTINE BEERLI,  
FRAKTIONSPRÄSIDENTIN,  
BIEL (BE)

Vieles befindet sich heute im Bildungswesen in Bewegung. Wir wollen diesen Schwung ausnutzen und die uns wichtigen Prioritäten setzen. Dem Grundschulbereich, der Berufsbildung im dualen System und dem Hochschulbereich ist dabei in gleichem Masse Bedeutung zuzumessen.

■ Die Bildung orientiert sich am Konzept des lebenslangen Lernens.

■ Sie umfasst eine Förderung nach individueller Leistungsfähigkeit, wobei weder die Schwachen noch die Begabten zu kurz kommen dürfen.

■ Der Einsatz modernster Lehr- und Lerntechnologien versteht sich von selbst. Er wird den Unterricht und namentlich den weltweiten Wettbewerb unter den Hochschulen revolutionieren.

■ Dem Qualitätsmanagement und leistungsorientierten Anreizsystemen wird grösste Bedeutung zugemessen, zudem

■ erfolgt eine gesamtschweizerische Koordination im Bildungsbereich.

■ Eine gute Allgemeinbildung ist Grundlage jeder beruflichen Spezialisierung. Dabei ist den Fremdsprachen und der Vermittlung von Team- und Kommunikationsfähigkeit grösste Bedeutung zuzumessen.

■ Interdisziplinäres Denken muss zur Selbstverständlichkeit werden, und

■ die Frauen sind zu motivieren, die engen Schranken der frauenspezifischen Berufe zu überspringen.

Der Forschungsplatz Schweiz ist die Grundlage für den Werkplatz Schweiz. Universitäten und Fachhochschulen sind die Speerspitzen unseres Bildungssystems. Nur wenn wir in Wissenschaft, Grundlagenforschung und angewandter Forschung und Entwicklung ganz vorne mithalten können, schaffen wir die Voraussetzungen für eine wertschöpfungsintensive Wirtschaft und damit Bedingungen, unter denen bisherige Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

## Hiesige Forschungsergebnisse in der Schweiz verwerten

Ich habe bereits den Einsatz modernster Lehr- und Lerntechnologien erwähnt, der

auch das Hochschulwesen revolutionieren wird. Der Wettbewerb wird nicht mehr vor allem unter schweizerischen Hochschulen, sondern weltweit auszutragen sein. Dies wiederum bedingt eine inner-schweizerische Koordination, was uns dazu führt, gleichzeitig Wettbewerb und Kooperation der Forschungsinstitute zu postulieren. Der virtuelle Campus, dessen Möglichkeiten es nicht zu verpassen gilt, wird es bald möglich machen, dass Studentinnen und Studenten ihre Studien aus einem Modul der EPFL Lausanne, der ETH Zürich und des MIT in Boston zusammensetzen.

Das 21. Jahrhundert wird zudem wirtschaftlich von Staaten angeführt werden, denen es gelingt, innovative Institutionen zu schaffen, welche die Produktion und Verwertung kommerziell nutzbarer Ideen in der Privatwirtschaft effizient unterstüt-

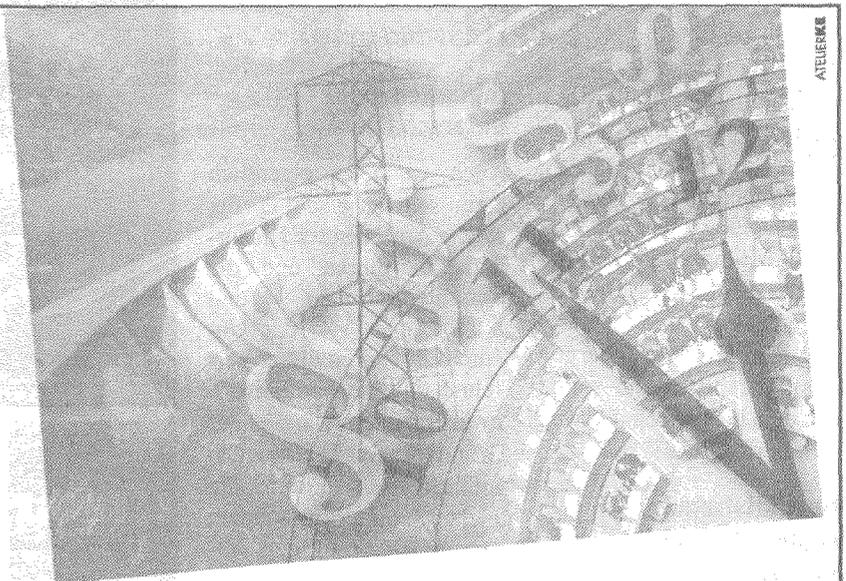
zen. Mit der Schaffung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie und der Verankerung des dreigeteilten Leistungsauftrages (Lehre, angewandte Forschung und Entwicklung sowie Technologietransfer) der Fachhochschulen im Gesetz ist ein wichtiger Schritt zu einer innovationsorientierten Bildungs- und Technologiepolitik getan. Die neuen Strukturen werden mit Leben gefüllt, und die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und KMU beginnt erste Früchte zu tragen. Hier muss mit voller Kraft weitergearbeitet werden. An der Schnittstelle zwischen Hochschule und Wirtschaft sind viele Ideen abholbereit, die rasch in Markterfolge umgesetzt werden können. Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, dass einzigartige, in der Schweiz getätigte Forschungsergebnisse in grosser Zahl im Ausland zu Markterfolgen geführt werden und dadurch in unserem Land keine hochwertigen Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen werden.

Markt und die Übergangskosten für ausserordentliche «Härtefälle» regeln. Es ist sachlich falsch, Energieabgaben und Übergangskosten zu verknüpfen. Alle Spielregeln für die Marktöffnung gehören zusammen.

### Markt statt politische Verzögerungen

Ziel ist ein funktionierender Strommarkt und eine qualitativ hochstehende Stromversorgung mit europäisch konkurrenzfähigen Preisen. Dafür setzt sich die Strombranche ein. Politische Verzögerungen und Sonderinteressen widersprechen den Vorstellungen des VSE und dienen der Sache nicht.

  
SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT  
Der Draht mit Zukunft

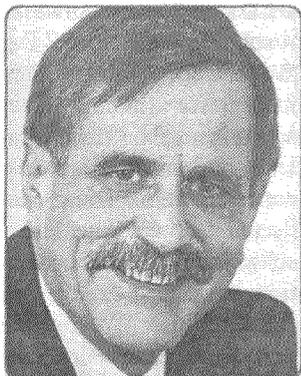


ATELIER/KE

UMVERKEHR-INITIATIVE ◊ *Warnung*

# Grüne wollen Ampeln auf Rot stellen!

**Bald schon werden wir alle zum Entscheid über die Volksinitiative «Für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs», die sogenannte umverkehr-Initiative, an die Urne gerufen ...**



Pierre Triponez: «Die umverkehr-Initiative ist ein Angriff auf Freiheit und Selbstverantwortung.»

VON DR. PIERRE TRIPONEZ, DIREKTOR DES SCHWEIZERISCHEN GEWERBEVERBANDES

Dieses realitätsfremde Volksbegehren ist bereits abstimmungsreif und wird von Regierung und Parlament mit aller Deutlichkeit und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen; die Festsetzung des Abstimmungstermins durch den Bundesrat dürfte demnächst erfolgen.

## Frontalangriff auf den Individualverkehr

Als bunte Schmetterlinge verkleidet, übergaben die umverkehr-Initianten der Bundeskanzlei am 20. März 1996 voller Stolz 108 841 gültige Unterschriften. Ihre Initiative verlangt schlicht und einfach die Halbierung des privaten motorisierten Strassenverkehrs innert 10 Jahren; massgebend ist die gesamte Fahrleistung zum Zeitpunkt der Abstimmung. Die konkreten Mittel des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zur Realisierung des Volksbegehrens sollen auf dem Gesetzgebungsweg definiert werden.

## Realitätsfremde Argumentation

Eine Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs

sei nicht nur machbar, sondern könne sogar zu einer Revitalisierung der Wirtschaft führen und zukunftsorientierte Arbeitsplätze fördern, so wird seitens der Initianten argumentiert. Mittels autofreier Sonntage, Car-Sharing, Verkehrsbeschränkungen und der vollständigen Sperrung von Strassenabschnitten – dies alles gepaart mit einer drastischen Erhöhung der Benzinpreise – könne man nicht nur den Verkehr halbieren, sondern gleichzeitig unseren Lebensraum erhalten und verbessern!

## Initianten nicht unterschätzen!

Auch wenn es eigentlich kaum schwierig sein dürfte, solche Argumente ad absurdum zu führen und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von der Undurchführbarkeit dieser Verkehrshalbierungsinitiative zu überzeugen, wäre es auf Grund früherer Erfahrungen gefährlich, sie auf die leichte Schulter zu nehmen und in Ruhe auf den Abstimmungssonntag zu warten! Vielmehr gilt es, die

Stimmberechtigten schon frühzeitig auf die verheerenden Konsequenzen dieses Volksbegehrens aufmerksam zu machen und damit die Voraussetzungen für ein wuchtiges Nein an der Urne zu schaffen.

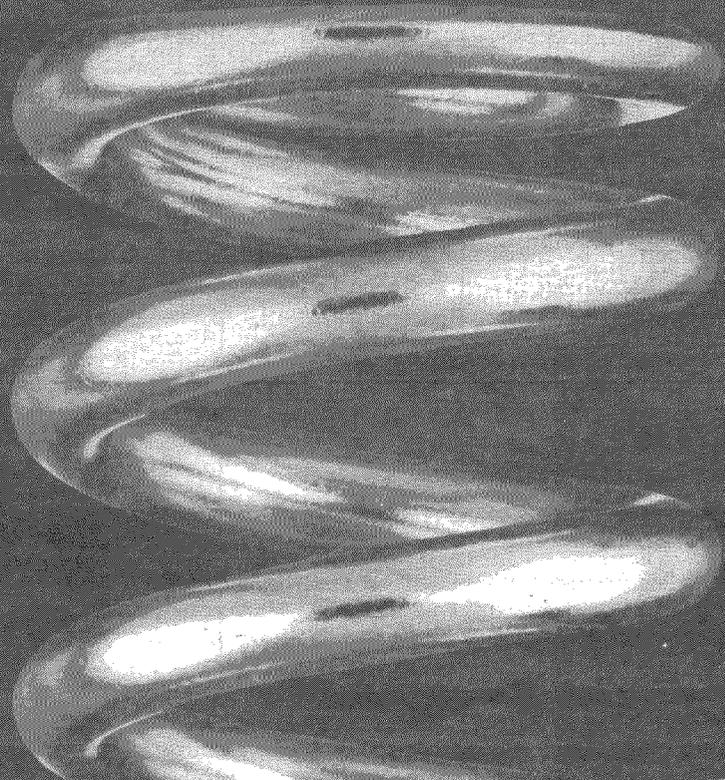
## Klarer Fall für die FDP

Die Verkehrshalbierungsinitiative ist nicht nur eine unakzeptable Attacke gegen das Auto und den Individualverkehr, sondern gleichzeitig ein schwerwiegender Angriff auf die persönliche

Freiheit und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Katastrophal wären die Folgen einer Annahme dieser Initiative aber auch für unsere Wirtschaft, für den Tourismus, für die Berg- und Randregionen und für unsere Gesellschaft insgesamt.

Ich wünsche mir deshalb einen klaren frühzeitigen Positionsbezug der FDP mit einem einstimmigen Nein zum umverkehr!

# FEDER FÜHREND



BAUMANN FEDERN AG

Postfach

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

PARTEIPRÄSIDENT  Brief an die Bürgerinnen und Bürger

# Sicherheit durch Erneuerung

**In der Wahlplattform der FDP Schweiz für die Wahlen 1999, die unter dem Motto «Was wir erreicht haben. Was wir erreichen wollen. Mit Ihnen.» steht, wendet sich Parteipräsident Franz Steinegger an die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz.**

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Wir alle erleben heute eine Umbruchphase, Globalisierung ist dafür das Stichwort. Arbeit, Wissen und Kapital werden neu gewichtet. Trotz vielen neuen Chancen macht sich auch Verunsicherung breit. Die Zukunft Ihrer Familien, die Sicherheit Ihrer Arbeitsplätze, Ihre persönliche Sicherheit, Ihre Altersvorsorge: Vieles scheint nicht mehr so einfach und auf Jahre hinaus gesichert wie früher. Für uns alle stellt sich die Frage, ob wir vor diesen Veränderungen die Augen verschliessen können oder ob wir die neuen Verhältnisse als gemeinsame Herausforderung verstehen und annehmen wollen.

Alle diese Veränderungen finden in Ihrem Alltag statt. Sie sorgen sich um die Ausbildung Ihrer Kinder, Sie sorgen sich um die Zukunft Ihrer Arbeitsstellen, Sie sorgen sich um Ihr verfügbares Einkommen angesichts immer höherer Steuererrechnungen sowie Sozial- und anderer Abgaben. Sie sorgen sich um die Sicherheit Ihrer Familien angesichts von Gewalt und Kriminalität, Sie sind besorgt über immer höhere Prä-

mienrechnungen für Ihre Gesundheit. Ihre Sorgen sind unsere Sorgen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, damit diese Probleme gelöst werden können.

Die Globalisierung ist einerseits ein realer wirtschaftlicher Prozess, andererseits aber auch eine Bezeichnung für jene Weltrevolution, die der plötzliche Zusammenbruch des Sowjetkommunismus ausgelöst hat. Die Systemfrage Kapitalismus versus Sozialismus hat sich seit der Jahreswende 1989/90 erledigt. Heute geht es um die Systemfrage innerhalb des Kapitalismus.

Die sozialistische Vorstellung einer engen politischen Regulierung der wirtschaftlichen Aktivitäten oder sogar der Versuch ihrer Steuerung durch die Politik mit dem Mittel des Staates und seiner Bürokratie ist überholt. Dieses etatistische Politikmodell der Linken steht in der Krise. Ängstliche Besitzstandswahrung, erschrockene Verteidigung des erreichten Status quo oder sogar ein trotziges «Weiter so» führen in die Krise.

Die notwendige ökonomische Produktivität braucht aber nicht nur mehr Markt und weniger Staat, sondern auch gesellschaftlichen Zusammenhalt, Modernisierung und Gerechtigkeit.

Modernisierung ist deshalb nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig. Es braucht eine Modernisierung auch in anderen Politikbereichen. Die Sicherheits- und Aussenpolitik kann sich nicht mehr einfach am «Feind in Moskau» orientieren. Die Glo-



balisierung erzwingt hier neue politische Handlungsgrössen und Handlungsebenen.

Die Ausländer- und Asylpolitik steht vor anderen Herausforderungen als etwa im 2. Weltkrieg. Der Schutz der ökologischen Grundlagen ist ein weiteres Problem.

Auch in diesen Bereichen gibt es politische Kräfte, welche die gestellten Fragen ohne Lösungsperspektiven mit Dogmenverwaltung lösen wollen. Aber auch hier kann die Entwicklung nicht einfach aufgehalten werden.

Die FDP erachtet für die Zukunftsfähigkeit der Schweiz eine doppelte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für notwendig.

Erste Erfolge konnten in den vergangenen drei Jahren erzielt werden. So ist beispielsweise die Arbeitslosenrate von 5,7 Prozent im vierten Quartal 1997 auf unter 3 Prozent gesunken. Die Haushaltssanierung des Bundes ist in Sicht. Die notwendigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind beschlossen. Die Voraussetzungen für den bilateralen Vertrag sind geschaffen. Im Sozialbereich konnte eine Leistungser-

weiterung ohne nachhaltige Finanzierung verhindert werden. Armee und Zivilschutz sind reorganisiert.

Dieser begonnene Weg der Erneuerung ist fortzusetzen. Nur Erneuerung schafft in Zukunft Sicherheit. Es geht dabei nach dem Scheitern des Sozialismus um eine bürgerliche Erneuerung. Hier will die FDP als bürgerliche Kraft der Vernunft eine bedeutende Rolle spielen.

Für uns alle ist die Frage, wo wir und unsere Familien in zehn Jahren stehen werden, schwieriger zu beantworten als früher. Was wir jedoch alle wollen, ist Freiheit und Sicherheit. Freiheit, um selbstverantwortlich unser Leben gestalten zu können, Freiheit der Erwerbsarbeit, Freiheit der Lebens- und Familienform. Sicherheit vor Arbeitslosigkeit und Armut, Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt, Geborgenheit im eigenen Land. Um die Freiheit zu erhalten und diese Sicherheit zu erreichen, müssen wir die Schweiz in einigen Bereichen verantwortungsvoll und mit einem liberalen Programm erneuern: ausdauernd, berechenbar und aufgeschlossen. Wir sind der Meinung, dass es dazu die bürgerliche Kraft der Erneuerung braucht: die FDP.

Die FDP hat weder im Bundesrat noch im Parlament eine Mehrheit. Wir können unsere Politik deshalb nie ohne Kompromisse durchsetzen. Ander-

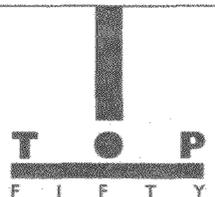
es zu behaupten wäre unehrlich. Wir können uns aber mit voller Kraft einsetzen und für unsere Problemlösungen politische Mehrheiten suchen. Wir erarbeiten unsere Positionen zuerst völlig eigenständig. Erst später kann der Kompromiss gesucht werden.

Das wollen wir – gemeinsam mit Ihnen – in den nächsten vier Jahren tun:

**Wir wollen, dass die Schweiz ihre Anstrengungen in den Krisenregionen verstärkt – statt ungebremste Einwanderung und Konflikte in der Schweiz zu erleiden oder zu erdulden.**

Wir setzen uns für eine konsequente Asylausenpolitik ein. Wir setzen uns für mehr Hilfe der Schweiz in den Krisenregionen ein, damit Vertriebene nicht mehr nach Mitteleuropa flüchten müssen. Wir setzen uns für

FORTSETZUNG AUF SEITE 14



**Interims-Management der Spitzenklasse**

Top Fifty AG, Management  
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug  
Tel. 041 729 80 47  
Fax 041 729 80 41  
www.top50.ch  
c.vonah@top50.ch

FORTSETZUNG VON SEITE 13

klare Regeln und kurze Verfahren im Asylbereich ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Austragung von ausländischen Konflikten in der Schweiz verhindert wird. Wir setzen uns ein dafür, dass für die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität mehr Geld und die richtigen Instrumente bereitstehen.

**Wir wollen mehr Arbeit ermöglichen – statt Technologie- und Arbeitsverbote einzuführen.**

Wir setzen uns ein für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir setzen uns ein für die rasche Umsetzung der bilateralen Verträge, damit neue Märkte für Schweizer Produkte und Dienstleistungen erschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz mehr Geld in die Bildung investiert. Geld, das dank wenigen Zinszahlungen für öffentliche Schulden eingespart werden kann.

**Wir wollen für alle netto mehr Einkommen und eine sichere Vorsorge – statt Lastenumverteilung von der Vergangenheit auf die Zukunft**

Wir setzen uns ein für eine sichere Finanzierung der Altersvorsorge. Wir setzen uns ein für einen Steuerstopp, damit allen netto mehr verfügbares Einkommen bleibt. Wir setzen uns ein für gesunde öffentliche Finanzen, damit die Steuerfranken nicht immer mehr für Zinszahlungen verbraucht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere erstklassige Gesundheitsversorgung bezahlbar bleibt.

**Wir wollen, dass die Schweiz selbstbewusst mit Ihren**

**Nachbarn zusammenarbeitet – statt sich aus Europa und der Welt zu verabschieden**

Wir setzen uns ein für die rasche Umsetzung der bilateralen Verträge. Wir setzen uns ein für sinnvolle Begleitmassnahmen, welche die Vorteile der bilateralen Verträge nicht zunichte machen dürfen. Durch eine Mitwirkung in der Uno und durch eine stärker auf Zusammenarbeit ausgerichtete Sicherheitspolitik können unter anderem die Probleme im Asylbereich und in der inneren Sicherheit besser gelöst werden.



Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle erleben eine Umbruchphase. Wir könnten die Augen verschliessen und uns dem Irrglauben hingeben, durch ein «Weiter so wie bisher» oder mit einem «Stehenbleiben» könnten alle Probleme erfolgreich gelöst werden. Mit einem solchen Verhalten würden wir unsere Sorgen aber nur verdrängen. Wir Freisinnigen sind uns einig, dass wir die Veränderungen als Chance begreifen müssen, wenn wir die Schweiz in eine freie und sichere Zukunft führen wollen.

Deshalb stellen wir über unser politisches Manifest folgende Botschaft: Sicherheit durch Erneuerung.

Damit wir dieses Ziel erreichen können, braucht es uns alle. Helfen Sie mit, die Verunsicherung positiv zu bekämpfen und wieder Freiheit und Sicherheit zu schaffen. Helfen Sie mit, die notwendigen Erneuerungen durchzusetzen. Ich danke Ihnen schon heute dafür.

*Herzlichst  
Ihr Franz Steinegger*

DELEGIERTENVERSAMMLUNG ◊ Manifest für die Schweiz

# Wir lieben die Schweiz und stehen zu ihr

**Wir Freisinnigen sind seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 – der Schweiz, wie wir sie heute kennen – an der Regierung mitbeteiligt. Wir tragen eine grosse Verantwortung für das, was in diesem Land geschehen ist und weiterhin geschehen soll. Die grosse liberale Tradition in unserem Land verpflichtet uns, verantwortungsvoll mit dem Erbe, dem schweizerischen Bundesstaat, umzugehen. Zu dieser Führungsverantwortung stehen wir.**

Wir haben als einzige Partei Vorstellungen dazu entwickelt, wie unser Land in acht Jahren aussehen wird. Die Vision 2007 gibt uns einen Orientierungsrahmen für unsere kurz- und mittelfristigen Politikziele. Damit soll es uns gelingen, die heutigen Probleme nicht aus dem Moment heraus, sondern auf Langfristigkeit angelegt zu lösen. Dabei setzen wir weiterhin auf die Werte, welche die Schweiz stark gemacht haben: Freiheit, Leistung, Verantwort-

tung, Offenheit und Sicherheit. Denn wir lieben die Schweiz und stehen zu ihr.

- Wir stehen zur Schweiz, so wie sie gewachsen ist.
- Wir sehen die Vielfalt und Mehrsprachigkeit unseres Landes als Stärke, die wir erhalten wollen.
- Wir kämpfen für den Zusammenhalt der Schweiz und den gegenseitigen Respekt der Sprachregionen.
- Wir stehen zu unserer Verantwortung als Re-

gierungspartei und bekämpfen eine Politik, welche das Volk für dumm verkaufen will.

- Wir vertreten die eigenständige freisinnige Politik, sind aber bereit zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften, die unsere Ziele teilen.

Weil wir diese Schweiz lieben, wollen wir sie erhalten und sichern. Dazu braucht es eine verantwortungsvolle Erneuerung. Diese Erneuerung wollen wir gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern der Schweiz angehen. Wenn wir gemeinsam guten Mutes und entschlossen an die Arbeit gehen, erreichen wir mehr Freiheit und Sicherheit für alle. Genau das ist unser gleichzeitig einfaches und ehrgeiziges Ziel.

## Talon

Ich bestelle ..... Exemplar(e) der Wahlplattform 1999 der FDP Schweiz.  
(1 Ex. gratis, jedes weitere kostet Fr. 1.50)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP Schweiz, Wahlen 99,  
Postfach 6136  
3001 Bern  
Fax (031) 320 35 00  
E-Mail: gs@fdp.ch

# Die neusten Original-Lithographien von Alban Welti

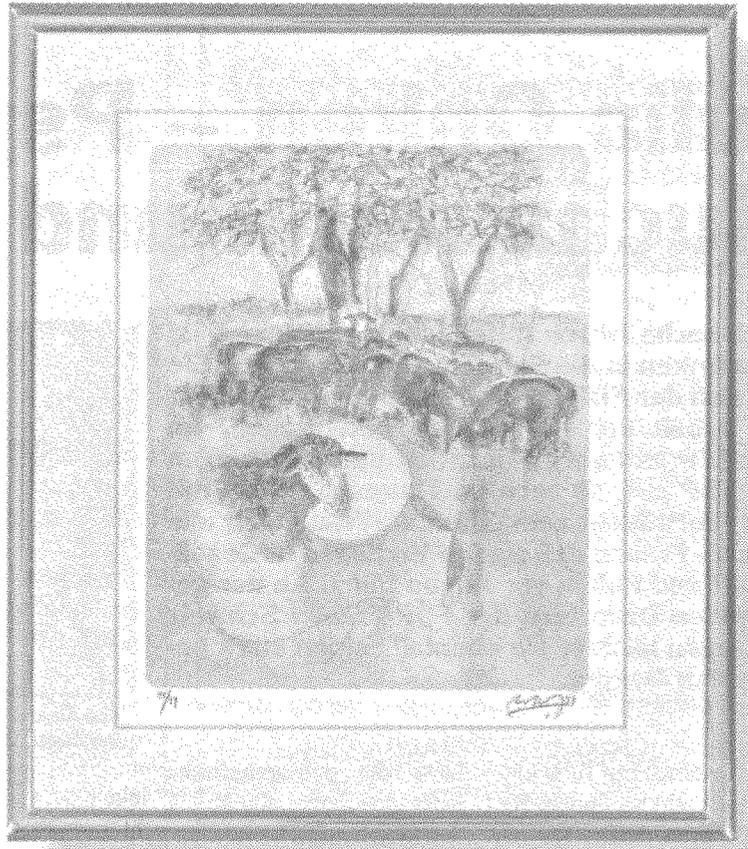
## Impressionen aus der Toscana

### Spitzenwerke der Lithographiekunst

Alban Welti, geboren in Berikon, Aargau, gelingt es, Lithographien zu gestalten, die in ihrer Sanftheit, liebevollen Ausführung und luftigen Farbigkeit nichts Vergleichbares finden. Sein Streben nach Stil und Harmonie der Linien und farbigen Flächen widerspiegelt sich in den drei Original-Lithographien, die er exklusiv für die Edition Artefides geschaffen hat. Die drei Motive wurden in der renommierten Lithographie-Werkstatt von Walo Steiner in aufwendiger Handarbeit auf schwerem Magnani-Bütten abgezogen, vom Künstler überwacht und mit seiner Signatur autorisiert.



Wunsch versieht Alban Welti ihre Original-Lithographie mit einer persönlichen Widmung



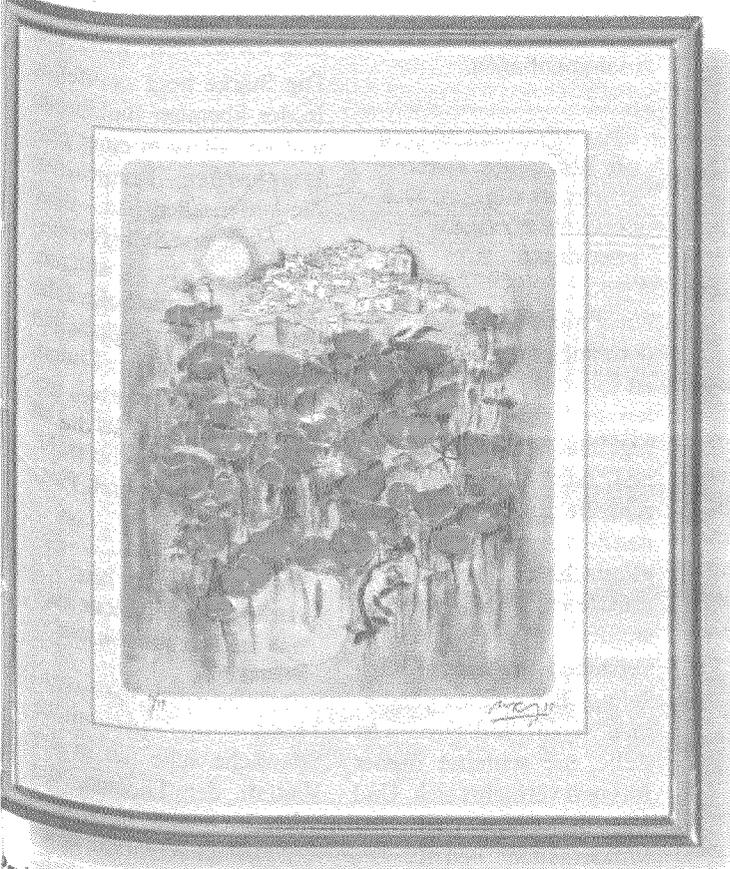
### Toscana

Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von Alban Welti. Limitierte Auflage 99 Exemplare mit Zertifikat.

### FDP-Vorzugspreis

Fr. 760.- statt Fr. 840.-

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnitt-Passepartout, Fr. 1 290.- statt Fr. 1 370.-



### Papavero

Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von Alban Welti. Limitierte Auflage 99 Exemplare mit Zertifikat.

### FDP-Vorzugspreis

Fr. 760.- statt Fr. 840.-

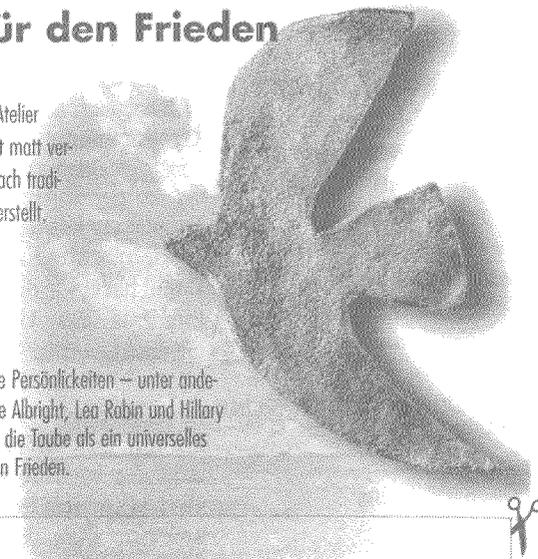
In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnitt-Passepartout, Fr. 1 290.- statt Fr. 1 370.-

## Eine Taube für den Frieden

### Friedenstaube

Handgearbeitete Brosche aus dem Atelier Cécile & Jeanne. Zinn, mit 24 Karat matt vergoldet, mit Sicherheitsverschluss. Nach traditionellen Kunstschmiede-Techniken erstellt. Grösse 4,5 x 7 cm, In attraktivem Schmuckbeutel.

Fr. 128.-



Viele bekannte Persönlichkeiten – unter anderem Madeleine Albright, Lea Robin und Hillary Clinton tragen die Taube als ein universelles Symbol für den Frieden.

### Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Durch die Limitierung auf nur 99 Exemplare hat Alban Welti mit seinen toscanischen Impressionen Kostbarkeiten für anspruchsvolle Kunstsammler geschaffen. Format ungerahmt 76 x 56 cm, gerahmt 83,5 x 73,5 cm.

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Papavero, ungerahmt
- In echt Weissgoldrahmen
- Toscana, ungerahmt
- In echt Weissgoldrahmen
- In der Beilage Hinweis für persönliche Widmung
- Friedenstaube Brosche

Fr. 760.-  
Fr. 1 290.-  
Fr. 760.-  
Fr. 1 290.-  
Fr. 128.-

Preise inkl. MWST., zuzüglich Versand- und Versicherungskostenanteil.

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihren Kunstkatlog.

32 4FDP/9/99 1136

Name \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Str./Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ Geb. Datum \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstrasse 47, CH-6006 Luzern, oder via Fax 041-417 20 51

IM GESPRÄCH ◉ *Prominentes Mitglied*

# Julia Onken – Psychologin, Buchautorin und FDP-Frau

Nach sechs Jahren Aufenthalt in Frankreich ist Julia Onken in die Schweiz zurückgekehrt. Sie hat sich der FDP angeschlossen und ist bereit, die Arbeit der FDP-Frauen mitzutragen. Im Wahljahr tritt sie an diversen Veranstaltungen der FDP auf, so auch im Thurgau, wo sie mit drei Vorträgen zum Thema «Frauen an die Macht» Frauen das eigene Verhalten in Gesellschaft und Politik vor Augen führt. An der gelungenen Ouvertüre der FDP-Frauen Schweiz in Luzern leistete sie ebenfalls einen stark beachteten Beitrag.



Julia Onken: «Ziel nicht aus den Augen verlieren.»

Das Gespräch mit Julia Onken ist leicht zu finden. Sie ist eine Frau, die mit Worten und Taten auf die Menschen zugeht, eine Frau mit vielseitigen Interessen, eine psychologisch geschulte Beobachterin mit dem Willen, etwas zu bewegen. Sie regt uns zum Nachdenken an über unser eigenes Verhalten. Ihre Vorträge sind aber auch mit echtem Humor gewürzt, mitunter provoziert sie – vor allem Männer. Wir FDP-Frauen schätzen uns glücklich, auf Julia Onken zählen zu dürfen. Nicht zuletzt stärkt sie uns Frauen, an uns selber zu glauben und selbstbewusst unseren Platz in dieser Partei einzunehmen und unseren Beitrag in der Gesellschaft mit Selbstverständlichkeit zu leisten.

**WELCHES IST IHR LEBENSOTTO?**

Als ich jung war: Mund halten und Zähne zusammenbeissen. Nachdem ich älter geworden bin: Mund aufmachen und Zähne zeigen.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Dass die patriarchalische Misswirtschaft allmählich den Geist aufgibt.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Der zunehmende Trend nach Megafun und Konsum zum Nulltarif. Wer seine Existenz danach ausrichtet, wird irgendwann in der Wüste landen.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Es ist zwar keine Erfindung, sondern eine Entdeckung: Freud hat Ende des 19. Jahrhunderts das Unbewusste entdeckt, was in der Menschheitsgeschichte einem Quantensprung gleichkommt. Seit da ist bekannt, dass der Mensch nicht wie eine Maschine funktioniert, sondern aus dem Unbewussten entscheidende Impulse erhält. Das Zusammenspiel von Unbewusstem und Bewusstem übertrifft die Mikroelektronik an Genauigkeit und Präzision bei weitem.

Hingegen gibt es vieles, was absolut entbehrlich wäre, u. a. 267 Fernsehkanäle, unlesbare Hand-

bücher für Computerprogramme und Viagra.

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?**

Dass in politischen Fernsehsendungen unverzüglich eine Tonstörung einsetzt, wenn die Gesprächskultur verwahrlost und zum Stammtischgeschrei verkommt.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Nachdem ich sechs Jahre in Frankreich gelebt habe, gibt es einiges, was ich an der Schweiz zu schätzen gelernt habe. An erster Stelle aber unser Staatswesen mit der direkten Demokratie, das jeder Bürgerin und jedem Bürger erlaubt mitzumischen.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN DIESEM LAND?**

Nun gut, gelegentlich die etwas kleinkarierte Sichtweise sowie der Mangel an Fähigkeit, über den Tellerand hinauszudenken.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

Die Zukunft Europas sitzt in den Köpfen der Menschen. Es wird sich in einem psychodynamischen Prozess erst herauskristallisieren, ob es ein Europa geben kann, in welchem die unterschiedlichen Visionen zusammenfinden.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Nicht nur die Aussage, sondern auch die Fragestellung ist falsch. Welche Mehrheiten sind gemeint? Die, die regelmässig an die Urne gehen, oder die weit grösseren, die passiv schweigenden? Und was den Begriff «Fortschritt» betrifft, so müsste erst genau definiert werden, was darunter zu verstehen ist. Eine Krebszelle z. B. ist genau genommen eine fortschrittliche Zelle, sie schreitet immer fort und vermehrt sich. Und was die Frage nach den Minderheiten betrifft: Es kommt letztlich auf die Summe der sich zusammenfindenden Intelligenz an und nicht auf wieviele Köpfe sie verteilt ist.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

1. Durch fundierte Kenntnisse seiner eigenen psychischen Situation: Wer von sich selbst keine Ahnung hat, wird auch andere nicht verstehen können. Wer mit sich selbst nichts zu tun haben will, sollte sich besser mit einer toten Materie beschäftigen.

2. Durch eine hohe soziale und kommunikative Kompetenz.
3. Durch Sachverstand und die Fähigkeit, intelligent und logisch zu argumentieren.
4. Durch Fairness: keine Schläge unter die Gürtellinie des politischen Gegners sowie ein freiwilliger Verzicht auf effektvolle, rhetorisch narzisstische Pirouetten.
5. Durch Integrität, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit.

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Die Stärke liegt zweifellos in der liberalen Bandbreite und vor allem in einer philosophischen Perspektive, die Menschen in ihrer Fähigkeit zur Selbstverantwortung zu stützen, während sich die Schwäche in der etwas zögerlichen Umsetzung zeigt. Zudem habe ich den Eindruck gewonnen, dass ein Mangel an Bereitschaft vorherrscht, Frauen ernsthaft ihren Platz zuzugestehen.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?**

Meine persönliche Schwäche sehe ich in der Vielfalt der Themen, die mich brennend interessieren. Das schwächt die Konzentration. Meine persönliche Stärke: auch in Krisensituationen das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Schubert-Lieder singen.

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Wunschlos zu werden.

## Wahlkampf im Internet

Besuchen Sie die politischen Websites...

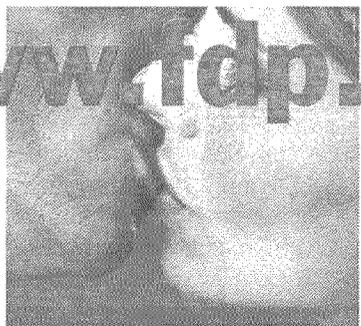
- der Parteien: [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)  
[www.cvp.ch](http://www.cvp.ch)  
[www.svp.ch](http://www.svp.ch)  
[www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch)
- politisch neutraler Anbieter: [www.politeia.ch](http://www.politeia.ch)  
[www.wahlen.ch](http://www.wahlen.ch)  
[www.kandidaten.ch](http://www.kandidaten.ch)  
[www.politics.ch](http://www.politics.ch)  
[www.wahlstreet.ch](http://www.wahlstreet.ch)

Es läuft einiges mehr als üblich im politischen Teil des Internets!

deutsch

français

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)



**Besuchen Sie unsere neue Homepage!**

Willkommen bei der Freisinnig-Demokratischen Partei

Bienvenu au Parti Radical-Démocratique

**FDP** **FRD**

### TERMINE

#### September

- 2. Bundesratsparteien-Gespräch
- 3. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 10./11. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 20.-8. 10. Herbstsession
- 21. Wirtschaftsmeeting
- 23. Geschäftsleitung

#### Oktober

- 8. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat a. o. Delegiertenversammlung
- 9. Presseverband
- 12. Nationalratswahlen
- 24. Nationalratswahlen

#### November

- 18. Bundesratsparteien-Gespräch
- 19. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 26./27. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### Dezember

- 6.-22. 12. Wintersession
- 8. Wahlfeiern Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
- 9. Geschäftsleitung
- 15. Vereinigte Bundesversammlung
- 16. Wahlfeier Bundespräsident

#### Januar 2000

- 18. Presseverband
- 21. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 22. Delegiertenrat / a.o. Delegiertenversammlung

#### Februar

- 11./12. Fraktionsseminar
- 17. Bundesratsparteien-Gespräch
- 18. Von-Wattenwyl-Gespräche

## Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Weil ein Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

Und weil Sie sich damit den attraktiven Markt unserer Mitglieder erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

Ich/wir möchte/n mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns Kontakt aufnehmen.

Name/Firma: \_\_\_\_\_

Zuständig: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an:  
 Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
 Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax: (031) 320 35 00  
 E-Mail: [gs@fdp.ch](mailto:gs@fdp.ch)

# Vergesst die linksbürgerlichen Massen nicht!

Der Ausdruck stammt von Steinmann (Geschichte der freisinnigen Partei). Herr Ständeratskandidat Nationalrat Dr. Christoph Blocher hatte sich seinerzeit schwer verrechnet, als er seine Gegenkandidatin Monika Weber als «links» verketzerte. Aus seiner Sicht war sie natürlich schon links, denn rechts von Herrn Blocher ist wenig Platz. Frau Weber hatte eine Führungsposition und damit einen Bekanntheitsgrad innerhalb des Kaufmännischen Vereins (Organisation der kaufmännischen Angestellten). Herr Blocher übersah, dass es nur 4000 Landwirte gibt im Kanton Zürich und nur 14000 Millionäre, aber Zehntausende von kaufmännischen Angestellten und qualifizierten Facharbeitern, die weder sozialistisch noch

konservativ wählen. Diese linksbürgerlichen Massen entschieden die Majorzwahl. So bezahlte Christoph Blocher seinen Denkfehler mit dem Nichtwerden eines Zürcher Standesvertreters.

Es gibt in der Politik drei Hauptrichtungen, die auf drei Gefühlen und drei philosophischen Richtungen gründen: Konservatismus beruht auf Angst und Pessimismus, Sozialismus beruht auf Neid und Materialismus, Liberalismus beruht auf Mut, Optimismus plus Idealismus.

Die FDP der Schweiz grenzt sich in der Regel gut ab gegenüber dem Sozialismus. Die Abgrenzung gegenüber den Konservativen gelingt nicht immer zureichend. «Bürgerlich» ist ein weiter Begriff, der allein noch nicht aussagt, ob es

sich um konservative oder liberale Bürger handelt. «Bourgeois» und «Citoyen» sind schon wesentlich besser unterschieden. Ein klarer antikonservativer Positionsbezug würde der Partei bei den Wahlen im Oktober 1999 zustatten kommen. Insbesondere gegen die SVP des Kantons Zürich ist klar eine Grenze zu ziehen.

Die SVP (BGB) wurde in Bern gegründet von Rudolf Minger und war von Anfang an eine konservative Partei, welcher der Freisinn zu links war und zu liberal.

Hundert Jahre lang hatten die Freisinnigen (Radikalen) Stimmenanteile von 40% und darüber, z. B. in der Waadt, im Kanton Tessin und im Kanton Solothurn. In der Zentralschweiz brachten es die Liberalen (Freisinni-

gen) auf 30%. Der gemeinsame Nenner war der Antikonservatismus.

In meiner Heimatgemeinde Emmen, einem Industrievorort von Luzern, waren die Liberalen eine Arbeiterpartei plus die Partei der Angestellten plus die Partei der Protestanten plus der nichtkonservativen Katholiken. Sie war dreimal so gross wie die SP, und dies in einer Industriegemeinde. Das dauerte bis in die 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Im Kanton Zürich ist die FDP auf 20% Wähleranteil geschrumpft. Das drückt den gesamtschweizerischen Durchschnitt hinunter. Wenn sie wieder wachsen will, muss sie den mittleren Schichten (Facharbeiter, Angestellte, mittleres Kader usw.) mehr entgegenkom-

men. Es bringt gar nichts, die SVP rechts überholen zu wollen. Je mehr konservative «Freisinnige» zur SVP überlaufen, desto liberaler wird die FDP. Das ist eine bedenkenswerte Chance.

Ohne Mitte gibt es keine Macht. In England, Deutschland und Frankreich sind Sozialdemokraten an die Regierung gekommen, nachdem sie sich auf die Mitte zubewegt haben. Auch der politische Sinn des Schweizer tendiert zur Mitte. Wer sich gegen «rechts» und «links», also gegen Konservative und Sozialisten, gut abgrenzt und die Mitte besetzt, der kommt ans Ruder. Also, liebe Wahlkämpfer, vergesst die linksbürgerlichen Massen nicht!

Alfred Jurt,  
Mitglied der FDP Kreis 1

## Votum «Provinz» gegen «Stadt»

Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung kommt einer negativen Einstellung mit symbolischer Wirkung gegenüber Müttern, Kindern und Familien gleich und damit gegenüber unserer Zukunft, welche in unseren Kindern liegt. Bei der Mutterschaftsversicherung ging es nicht in erster Linie um eine finanzielle Angelegenheit, sondern um einen längst fälligen Entscheid zugunsten von berufstätigen Müttern in einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld, wo solche Mütter ihren Platz immer noch bzw. wieder vermehrt erkämpfen müssen.

Es ist nicht erstaunlich, dass gemäss Univox-Analyse vor allem die älteren Frauen und Männer sowie

StimmbürgerInnen von «ländlichen» Gebieten – dazu gehören auch die behäbigen Vororte der Städte – die Mutterschaftsversicherung abgelehnt haben. Die jüngeren Frauen und Männer sowie die Mehrheit der StimmbürgerInnen der grösseren Städte haben dagegen auf Grund ihrer Perspektiven und täglichen Erfahrungen längst begriffen, dass sich unsere Arbeitsgesellschaft in einem enormen Wandel befindet, welcher sich vor allem auch auf berufstätige Mütter – aber auch auf Väter – und ihre Kinder, also auf die Familie auswirkt. Um diesen Wandel zu bestehen, sind sowohl in der Familienpolitik wie in der Arbeits- und Schulpolitik neue Denkansätze gefor-

dert. Mit der Einführung des Internets in der Schule ist es noch nicht getan. Da die städtische Gesellschaft von neuen Problemstellungen meistens zuerst betroffen ist, muss die Stadt für entsprechende Problemstellungen die Vordenkerrolle und die Initiative zur Problemlösung übernehmen (Vergleiche Drogenprobleme)

Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung zeigt, dass wir in der Schweiz gesellschaftlich noch mehrheitlich in «ländlichen» Strukturen denken, obwohl die Mehrheit in «städtischen» Verhältnissen, in der Stadt Schweiz, lebt. Die Stadt lebt von der Kultur des Unterschieds, vom Klima der Toleranz. Ohne eine solche Kultur

verroht die Stadt bzw. die Gesellschaft und verkommt zur Provinz. Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung ist letztlich ein Votum der «Provinz» gegen die «Stadt», wobei auf Grund der Abstimmung auch die Romandie zur «Stadt» zu zählen ist, also nicht zur «Provinz» gehört.

Neben dem Einsatz für einen neuen Anlauf in Sachen Mutterschaftsversicherung sollten im Interesse von Müttern und Kindern endlich familienfreundliche Schulstrukturen (-zeiten) und auch Arbeitsstrukturen eingeführt werden. Auch solche Anliegen gehören zu einer zeitgemässen Familienpolitik. Von einer positiveren Einstellung zu berufstätigen Müttern würde neben ihren Familien letztlich auch die Wirtschaft profitieren. In der Wirt-

schaft bleibt kein Stein mehr auf dem anderen. Diese Situation kann doch nicht mit dem Festhalten an veralteten Denkstrukturen in gesellschaftlichen Bereichen wie bezüglich Mutterschaft, Arbeitszeiten, Schulzeiten usw. beantwortet werden. Solche Denkstrukturen sind das Ergebnis eines überholten Links-Rechts-Schemas, bei welchem die andere Seite aus Prinzip nicht recht haben darf. Mit einem solchen Schema können wir in einer sich rasch wandelnden Welt die Probleme und Konflikte nicht mehr lösen, wir brauchen dazu differenziertere Denkansätze. Im Sinne von Joseph Beuys müssen wir dazu auch unsere politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Bleikammern sprengen.

Werner Streich, Zollikon



Karikatur Andreas Töns

GOLDRESERVEN ◊ Kein Selbstbedienungsladen

# Gesamtlösung statt Placebo-Massnahmen

Das «überschüssige» Nationalbankgold darf nicht für einmalige Konsumzwecke verwendet werden. Vielmehr sind die Erträge aus dem Verkauf im Rahmen eines Gesamtkonzepts für wichtige, zukunftsweisende Aufgaben zu verwenden.

VON FDP-GENERALSEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)

Die teilweise übersteigerten Erwartungen an den eintretenden Goldregen müssen gedämpft werden. Wenn nur schon bedacht wird, wie sensibel der Goldmarkt allein auf die Ankündigung des Verkaufs reagiert hat, so wird klar, dass die Verkäufe nur in sehr kleinen Dosen über mehrere Jahre hinweg erfolgen können. Die neu zur Verfügung stehenden Summen werden durch die Stückelung jährlich recht bescheiden ausfallen. Nach dem Nein zum Währungsartikel dank der Allianz der Zauberlehrlinge von SP und SVP und dem Abschwelen des Drucks aus Übersee stellt sich die Frage nach der Verwendung der allgemein als «überschüssig» betrachteten Nationalbankgoldmenge von 1300 Tonnen aber trotzdem. Von vornherein auszuschliessen sind Placebo-Massnahmen für die AHV, indem das Gold unwiderruflich verkauft und die Erlöse direkt dem AHV-Fonds zugänglich gemacht würden. Das ist Augenwischerei gegenüber den älteren Generationen, denen damit eine



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Überschüssiges Notenbankgold für zukunftsweisende Aufgaben verwenden!»

(Bild ruti)

Pseudo-Sicherheit der Renten versprochen würde, die nur wenige Jahre später nicht gewährleistet werden könnte. Auch die Zinserträge bei einer Anlage des durch Verkauf des Goldes gewonnenen Geldes sind nicht berauschend. Berechnungen haben ergeben, dass unter vernünftigen Annahmen (Verkauf von 1300 Tonnen Gold über den Zeitraum von zehn Jahren, Goldpreis konstant 13 000 Franken pro kg, realer Zins 3 Prozent) maximal rund 500 Millionen Franken pro Jahr erreicht werden können. Man vergleiche mit der absoluten Höhe der AHV-Leistungen für 1998: 26,3 Milliarden Franken. Ein Tropfen auf einem heissen Stein!

Ausgaben-/Einnahmengleichheit in Griffweite gerückt ist, wird uns die Sorge um die öffentliche Kasse nicht abhänden kommen. Wenn der Bund jeden Tag mehr als zehn Millionen Franken alleine für Schuldzinsen ausgeben muss – und damit mehr als für Bildung und Forschung! –, müssen die Staatsfinanzen immer noch als marod gelten. Der Einsatz der freigewordenen Mittel für den Schuldenabbau führt zu weniger Zinsausgaben (heute immerhin zehn Millionen Franken pro Tag für den Bund allein). Dies wäre ein Beitrag, um Steuersenkungen zu ermöglichen oder mehr Spielraum für die Bewältigung notwendiger neuer Aufgaben zu schaf-

## In die Zukunft investieren

Innerhalb eines Gesamtkonzepts ist die Verwendung der überschüssigen Reserven denkbar für zukunftsorientierte Investitionen:

### ■ durch den Schuldenabbau

Der Bundeshaushalt ist dank Haushaltsziel und Stabilisierungsprogramm auf Kurs. Auch wenn die

fen. Schuldendienste stellen die wohl unnötigste Bundesaufgabe dar.

### ■ durch Bildungsinvestitionen

Aus- und Weiterbildung sind die Voraussetzung für Arbeit und Wohlstand in der Schweiz. Bund und Kantone sind gefordert, für ein im weltweiten Vergleich erstklassiges Bildungssystem zu sorgen. Die FDP hat kürzlich ihre Konzepte vorgestellt sowie ihre Petition «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» vorgestellt. Auch wenn Effizienzgewinne und Einsparungen möglich sind sowie mit privater Initiative und gutem Willen auch im organisatorischen Bereich viel erreicht werden kann: Das kostet für Bund und Kantone Geld. Die neuen Angebote und Strukturen können zum Teil aus den überschüssigen Goldreserven finanziert werden.

### ■ durch Investitionen in die Infrastruktur

Auch Infrastrukturprojekte sind Zukunftsinvestitionen: Heute werden Werke erstellt, deren Benützung für mehrere Generationen Arbeit und Wohlstand bringt. Die Wirtschaft und damit auch die Arbeitsplätze sind von einer funktionierenden, nicht stets überlasteten Infrastruktur abhängig.

### ■ durch die Solidaritätsstiftung

Der Grundgedanke der Solidaritätsstiftung ist gut: Die Schweiz hilft unbürokratisch und direkt jenen, die es wirklich nötig haben – im In- und Ausland. Auch hier müssen zukunftsorientierte Projekte im Vordergrund stehen. Ausbildung zur

## ZUM THEMA

Das ist Augenwischerei gegenüber den älteren Generationen, denen damit eine Pseudo-Sicherheit der Renten versprochen würde, die nur wenige Jahre später nicht gewährleistet werden könnte.

Wenn der Bund jeden Tag mehr als zehn Millionen Franken alleine für Schuldzinsen ausgeben muss – und damit mehr als für Bildung und Forschung! –, müssen die Staatsfinanzen immer noch als marod gelten.

Es muss heute eingesehen werden, dass ein isoliertes Projekt kaum Chancen auf politische Durchsetzbarkeit hat.

Selbsthilfe, Beiträge an Schulprojekte, Forschungshilfen im humanitären Bereich usw.

## Einzelschüsse sind zum Scheitern verurteilt

Es muss heute eingesehen werden, dass ein isoliertes Projekt kaum Chancen auf politische Durchsetzbarkeit hat. Es wäre deshalb höchst begrüssenswert, wenn der Bundesrat gelegentlich ein Gesamtkonzept für die Verwendung der «überschüssigen» Goldreserven ausarbeiten liesse, das einen zukunftsorientierten Charakter aufweisen würde. Damit könnte das Klima für eine sachliche Diskussion über die zu setzenden Schwerpunkte für die Schweiz der Zukunft geschaffen werden, welche nicht mehr von Ressentiments, Vorurteilen und Erpressungsnachwehen geprägt wäre.